Fünfzig Jahre
Brot für die Welt

Standortbestimmung und Selbstverständnis eines kirchlichen Entwicklungswerks

Im Verbund der
Diakonie

50 JAHRE Brot für die Welt

Inhalt

I. Fünfzig Jahre „Brot für die Welt“: Woher wir kommen und wohin wir gehen

1.1 Unsere Wurzeln und unser Auftrag

1.2 Stationen eines Lernprozesses

1.3 Zusammenarbeit trägt Früchte

II. Welt im Wandel: Was wir beobachten und was uns bewegt

2.1 Die Globalisierung der sozialen Frage

2.2 Der Klimawandel und die Krise der Welternährung

2.3 Demokratie in Gefahr

2.4 Regionale Kriege und neue Konfliktkonstellationen

2.5 Das Wachsen einer internationalen Zivilgesellschaft

III. Unsere Grundwerte: Was uns heute leitet

3.1 Barmherzigkeit und Gerechtigkeit

3.2 Verwirklichung der Menschenrechte

3.3 Gerechter Friede

3.4 Ganzheitliche menschliche Entwicklung

3.5 Partnerschaft auf Augenhöhe

3.6 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

3.7 Bewahrung der Schöpfung

IV. Wege der Umsetzung: Wie wir neue Herausforderungen angehen wollen

4.1 Vor einer Neuordnung der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit

4.2 Dimensionen unseres Handelns

4.3 Prozesse fördern und Schwerpunkte bilden

4.4 Qualifizierung und Internationalisierung der Zusammenarbeit

4.5 Rechenschaft, Transparenz, Controlling und Wirkungsbeobachtung

4.6 Öffentlichkeit schaffen, globales Denken und Handeln fördern

4.7 Veränderungen in Nord und Süd, Ost und West anstoßen

Amos 5,24

„Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“

Die Aktion „Brot für die Welt“ tritt in das sechste Jahrzehnt ihres Bestehens. Unser 50jähriges Jubiläum ist vor allem Anlass, allen Menschen zu danken, die „Brot für die Welt“ hier und weltweit unterstützt, gefördert und getragen haben. Zugleich ist es Anlass für uns, eine Zwischenbilanz zu ziehen und unseren Standort in den Umbrüchen dieser Zeit neu zu bestimmen. Wir möchten uns unserer Fundamente vergewissern, unsere Ziele überprüfen und unsere Handlungsstrategien im Angesicht veränderter Herausforderungen bedenken. Wir tun dies vor dem Hintergrund der Geschichte kirchlichen Entwicklungsengagements und unserer Erfahrungen in der lebendigen Partnerschaft der Ökumene. Und wir tun dies mit Blick auf einen neuen Abschnitt unserer Geschichte, der mit den Beschlüssen zur Stärkung und Zusammenführung aller entwicklungsbezogenen Dienste der evangelischen Kirchen in Deutschland und ihrer Verknüpfung mit der Diakonie eingeleitet worden ist. „Brot für die Welt“ hat 1989 die Erklärung „Den Armen Gerechtigkeit“ herausgegeben. Damit formulierte „Brot für die Welt“ die Grundorientierung der Aktion für das vierte Jahrzehnt ihres Wirkens. Diese Erklärung wurde zur Jahrtausendwende aktualisiert und mit Partnerorganisationen diskutiert. Sie bildet seither die Grundlage unserer Arbeit. Die hier vorgelegte Jubiläumserklärung knüpft an die Grundsatzerklärung „Den Armen Gerechtigkeit 2000“ an, ohne sie zu ersetzen. Die darin benannten Leitlinien sind weiterhin gültig. Gleichwohl scheint es unter dem Eindruck einer veränderten Weltlage angebracht, manchen Akzent anders zu setzen und neue Strategien und Ansätze zu entwickeln. Wie alle Positions- und Grundsatzpapiere der Vergangenheit stützt sich auch diese Jubiläumserklärung auf den Dialog mit Partnern weltweit und nimmt deren Einschätzungen und Beobachtungen auf.

I. Fünfzig Jahre „Brot für die Welt“:

1.1 Unsere Wurzeln und unser Auftrag

Die Arbeit von „Brot für die Welt“ gründet in dem biblischen Glauben, der die Welt als Gottes Schöpfung bezeugt und sie als Ort weiß, an dem Gott sein Reich errichten wird. Auf dem Grunde des Evangeliums ist unser Handeln damit von einer Hoffnung und Zuversicht getragen, die weit über kurzfristige Erfolge oder Misserfolge hinausweist. Wir sind uns bewusst, dass das Reich der Freiheit und Gerechtigkeit letzten Endes nicht durch menschliche Anstrengungen hervorgebracht wird, sondern nur ein Werk des dreieinigen Gottes sein kann. Wir können das Reich Gottes nicht bauen, sind aber aufgerufen, durch unser Handeln seine Verwirklichung zeichenhaft gegenwärtig werden zu lassen. Als Teil der Schöpfung und als Ebenbilder Gottes sind wir Menschen in die Freiheit verantwortlichen Handelns berufen und mit der Gestaltung und Bewahrung unserer Welt betraut.

Jeder Mensch ist gleichermaßen Gottes Ebenbild. Alle Menschen, Mann und Frau, sind daher gleich vor Gott und der Welt, allen kommt eine unveräußerliche und unantastbare Würde zu, unabhängig von Leistungen und Fähigkeiten, von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, von Geschlecht und gesellschaftlichem Ansehen. Diese Würde gilt es unter allen Umständen zu verteidigen. Dazu will „Brot für die Welt“ die Liebe Gottes sichtbar machen und in seinem Namen Zeichen der Menschlichkeit und Signale einer kommenden heilen Welt setzen.

Auf der Basis des Glaubens, getragen von der Liebe Gottes, dem wir gerade in dem entrechteten und armen Nächsten begegnen, in der Nachfolge Jesu und geleitet vom Heiligen Geist will „Brot für die Welt“ mit seiner Arbeit zur Minderung von Armut, Hunger und Not und zur Gestaltung der Globalisierung im Sinne sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen.

1.2 Stationen eines Lernprozesses

1.2.1

Der erste Aufruf zu einer Spendenaktion „Brot für die Welt“ im Jahr 1959 setzte ein deutliches Zeichen für den Willen der evangelischen Christenheit in beiden Teilen Deutschlands, den Notleidenden in Afrika, Asien und Lateinamerika beizustehen. Die überwältigende Resonanz, die die erste Aktion gefunden hat, wurde zum Anstoß dafür, dass sich die Entwicklungsarbeit als eigenständiges Tätigkeitsfeld der evangelischen Kirchen etablieren konnte. Die Gründung der Aktion war Ausdruck des Dankes für die vielfältige Unterstützung, welche die Deutschen nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges erfahren hatten. „Nur die Not“ sollte der Maßstab dieser Hilfe sein. Die Hilfe, die „Brot für die Welt“ an die Partnerkirchen weiterleitete, sollte allen Notleidenden, egal welcher Volkszugehörigkeit, Religion oder politischen Orientierung, zukommen. Aus dieser Grundmotivation heraus ging „Brot für die Welt“ im ersten Jahrzehnt auf Distanz zur staatlichen Entwicklungspolitik, der vorgeworfen wurde, zu stark von außen- und wirtschaftspolitischen Eigeninteressen geprägt zu sein.

1.2.2

Nach dem karitativen Ansatz der Anfangsjahre rückten im Laufe der sechziger Jahre Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Entwicklungsförderung in den Vordergrund. Zugleich wurde die Notwendigkeit einer bewusstseinsbildenden Arbeit im eigenen Land als unverzichtbarer Bestandteil entwicklungsbezogenen Handelns der Kirche anerkannt.

Es waren vor allem Impulse aus der weltweiten Ökumene, die eine stärkere Profilierung des kirchlichen Entwicklungshandelns angestoßen haben. So prägte die Erkenntnis von der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeit der Völker die Debatten

bei der Vollversammlung des Weltrats der Kirchen 1968. Die Möglichkeit einer dauerhaften Überwindung der Entwicklungskluft zwischen Nord und Süd schien damals Vielen zum Greifen nah, wenn es gelänge, die weltweite Solidarität und die technischen Kapazitäten der Menschheit zu entfalten. Unsere Partnerkirchen in der Ökumene machten aber auch deutlich, dass Entwicklung nicht nur als Prozess wirtschaftlichen Fortschritts, sondern in erster Linie als Akt der Befreiung aus Unmündigkeit und Fremdbestimmung betrachtet werden müsse. „Brot für die Welt" hat daher den Schwerpunkt auf Programme gelegt, die den Selbsthilfewillen der Armen stärken und die sie darin unterstützen, ungerechte Strukturen zu verändern, die der Entfaltung der Potenziale des Menschen entgegenstehen.

1.2.3

Mitte der siebziger Jahre wurde die ökologische Dimension der weltweiten Entwicklungskrise bewusst. Zum Wissen um die dramatische Ungleichverteilung von Wohlstand und Macht trat die Einsicht in die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit des Planeten Erde hinzu. Die Vollversammlung des Weltrats der Kirchen in Nairobi 1975 stellte die Zukunftsfähigkeit des westlichen Fortschrittsmodells radikal in Frage und setzte ihm das Leitbild einer „gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft" entgegen. An die wohlhabenden Staaten des Nordens und ihre Kirchen richtete sich der Appell: „Die Reichen müssen einfacher leben, damit die anderen überhaupt überleben können". In der konsequenten Umsetzung dieser Erkenntnisse hat „Brot für die Welt" 1977 die Lebensstilkampagne „Aktion e" und 1981 das Jahresthema „Hunger durch Überfluss?" aufgegriffen. Dabei wurde der Blick auf die Veränderun-gen gelenkt, die in den Industriestaaten im Interesse einer gerechten Weltentwicklung stattfinden müssen. In vielen Kirchengemeinden engagierten sich die Menschen in dieser Zeit auch für die Einrichtung von „Dritte-Welt-Läden" und für die Förderung des Fairen Handels.

In der Programmarbeit haben sich die Partner von „Brot für die Welt" ebenfalls ökologischen Fragestellungen zugewandt. Bedeutsame Weichenstellungen in Richtung nachhaltiger Landwirtschaft und alternativer Energiegewinnung nahmen ihren Anfang. An die Stelle von wachstumsorientierten Konzepten, wie sie z.B. die Grüne Revolution damals verfolgte, traten insbesondere in Indien alternative, partizipatorische und lokal angepasste Modelle integrierter Entwicklung. In Lateinamerika standen die Unterstützung von ländlichen Bewegungen, die Zugang zu Land beanspruchten, und die Förderung indigener Bevölkerungsgruppen im Zentrum.

1.2.4

Die achtziger Jahre sind als „das verlorene Jahrzehnt" in die Geschichte der Entwicklungspolitik eingegangen. In der Folge der Schuldenkrise und der Strukturanpassungen, die den verschuldeten Ländern der Dritten Welt verordnet wurden, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse der Armen weltweit, ganz besonders aber in zahlreichen afrikanischen Ländern südlich der Sahara. „Brot für die Welt" reagierte auf die Herausforderungen der 1980er Jahre mit einer verstärkten Fokussierung der Programmarbeit auf marginalisierte Gruppen und die Ärmsten der Armen, mit einem „Sonderprogramm Afrika" und der Förderung des standortgerechten Landbaus. Gleichzeitig gewann der Ansatz des Empowerment weiter an Bedeutung: durch Bewusstseinsbildung, Unterstützung von Netzwerken, die sich für die Rechte ihrer Mitglieder einsetzen, und die Förderung einkommensschaffender Maßnahmen für benachteiligte Gruppen stärkte „Brot für die Welt" die Selbsthilfebemühungen der Menschen. Besonders in Lateinamerika sah sich „Brot für die Welt" herausgefordert, seinen Partnern bei der Verteidigung der Menschenrechte

beizustehen. Im Zuge der UN-Frauendekade rückten auch die Rechte der Frauen und die Bedeutung der Frauenförderung auf die Agenda der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Mit der Erklärung „Den Armen Gerechtigkeit“ verabschiedete der Ausschuss für Ökumenische Diakonie 1989 erstmals eine umfassende Grundorientierung für „Brot für die Welt“, die neben den Strategien der Zusammenarbeit mit den Partnern in Übersee auch das Mandat für die Inlandsarbeit genauer definierte. Die Erklärung knüpfte an die Themen des Konziliaren Prozesses an und benannte „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ als Eckpunkte. Im Zentrum stand der Befund, dass die Industriegesellschaften eine Mitverantwortung für die welt-weite Ungerechtigkeit tragen. „Brot für die Welt“ müsse sich daher verstärkt zum Anwalt seiner Partner und zu deren Sprachrohr in unserem Land machen. Eine gezielte Kampagnenarbeit startete 1990 mit einer Kampagne gegen Kinderarbeit in der indischen Teppichindustrie, die auf die Initiative eines indischen Kooperationspartners zurückging. „Brot für die Welt“ förderte die Initiative für die Siegelung von Teppichen, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden, und rief damit das Rugmark-Siegel ins Leben.

1.2.5

Der Umbruch in Mittel- und Osteuropa hat die Weltordnung in Bewegung gebracht und neue Chancen für die internationale Zusammenarbeit eröffnet. Doch die anfängliche Hoffnung, dass mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine Friedensdividende frei würde, blieb unerfüllt: Zur Jahrtausendwende hatte die von den reichen Staaten der Welt geleistete öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) gar einen historischen Tiefststand erreicht, von dem sie sich nur langsam erholt. Auch ist die „neue Weltordnung“ nach dem Ende des Kalten Krieges nicht friedlicher geworden. Die Zahl der bewaffneten Konflikte in der Welt ist gestiegen, und der internationale Terrorismus verbreitet weltweit Angst und Schrecken. Die wirtschaftliche Globalisierung hat die Kluft zwischen Gewinnern und Verlieren weiter vertieft. Doch bei aller neuerlichen Fragmentierung der Welt hat die Globalisierung auch einen positiven Zug: Das Bewusstsein, dass die Probleme, mit denen die Welt konfrontiert ist, nur noch kooperativ gelöst werden können, ist gewachsen.

In den neunziger Jahren wurde der Welt das erschreckende Ausmaß der HIV/Aids-Pandemie und ihrer Folgen bewusst. Die Krankheit, die keine Grenzen kennt, fordert jedes Jahr Millionen von Menschenleben und bedroht die Entwicklung und politische Stabilität ganzer Regionen. Partnerorganisationen vor allem in Afrika haben diese Herausforderung in ihrer Projekt- und Lobbyarbeit aufgegriffen. „Brot für die Welt“ hat den Kampf gegen HIV/Aids inzwischen zu einer Querschnittaufgabe gemacht und unterstützt z.B. durch die Gründung des Aktionsbündnisses gegen Aids die internationale Lobbyarbeit für eine wirksame Präventionsstrategie und eine menschenwürdige Versorgung der Betroffenen.

Im Zuge der Kampagnenarbeit, die ihren Ausdruck in mehr als einem Dutzend Kampagnen, von der Teppichkampagne bis zur Kampagne „MenschenRechtWasser“, gefunden hat, rückte auch die menschenrechtliche Orientierung der Advocacy-Aktivitäten von „Brot für die Welt“ weiter in den Vordergrund. Mit dem Dekadeprojekt „Häusliche Gewalt überwinden“ wurden am Beispiel der innerfamiliären Gewalt zudem Arbeitsfelder der ökumenischen und der Inlands-Diakonie beispielhaft verknüpft. Auch hat der Faire Handel durch die Gründung der Siegelinitiative Transfair weiter an Anerkennung gewonnen.

1.2.6

Mit der Aktualisierung der Erklärung „Den Armen Gerechtigkeit" im Jahr 2000 hat „Brot für die Welt" die gewachsene Eine-Welt-Perspektive weiterentwickelt. Zusätzlich wurden der Stellenwert der gewaltfreien Konfliktbearbeitung als Handlungsfeld betont und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittaufgabe ausgewiesen. Hatte „Brot für die Welt" in seinen Anfangsjahren Frauen als Akteurinnen des Entwicklungsprozesses noch nicht im Blick, so spielt heute der Gender-Ansatz eine zentrale Rolle. „Brot für die Welt" setzt dabei auf eine Doppelstrategie: einerseits auf die Unterstützung von Frauen-Empowerment, andererseits auf Gender Mainstreaming-Prozesse, wurde doch zunehmend bewusst, dass sich auch das Rollenverständnis der Männer ändern muss, damit beide Geschlechter gleichberechtigt an Entwicklung teilhaben können.

Wegen der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Transformationsländern Osteuropas begann „Brot für die Welt" – in Ergänzung zur Aktion „Hoffnung für Osteuropa" – das lokale Engagement für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdiges Leben auch in dieser Region zu unterstützen. Seit 2004 sind osteuropäische Partner von „Brot für die Welt" insbesondere in der HIV/Aids-Arbeit tätig.

Mit zunehmender Bedeutung der politischen Arbeit wurde 2001 die Abteilung „Politik und Kampagnen" aufgebaut. Die Förderung der Adocacy-Arbeit und der internationalen Vernetzung haben mit der Stärkung des menschenrechtlichen Ansatzes weiter an Gewicht gewonnen: Die Menschenrechte geben den Armen ein mächtiges Instrument in die Hand: es geht nicht um Almosen, sondern um legitime Rechte – auf Wasser, Nahrung, Gesundheit etc. Das Vorenthalten von Ressourcen, die für die Beseitigung von Armut notwendig wären, und die Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen Bedingungen, die einer Beseitigung von Armut entgegenstehen, stellen Menschenrechtsverletzungen dar, für die nicht nur die einzelnen Nationalstaaten, sondern auch die internationale Gemeinschaft verantwortlich zu machen sind.

Unter den Vorzeichen globaler Krisen wie dem Klimawandel, der Verknappung der Ressourcen, der Hungerkrise und des Zusammenbruchs des Finanzsystems wird in der Arbeit von „Brot für die Welt" zunehmend deutlich, dass es heute nicht allein darum geht, dass die Wohlhabenden in der Welt den Armen helfen müssen; vielmehr stehen wir vor der Herausforderung, gemeinsam solidarische und gerechte Lösungen für Probleme zu finden, die die Integrität der Schöpfung als Ganzer gefährden, und gemeinsam nach Alternativen zu einer ungerechten und lebensbedrohlich gewordenen Weltordnung zu suchen.

1.3 Zusammenarbeit trägt Früchte

„Brot für die Welt" will gemeinsam mit seinen Partnern zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit und zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für gegenwärtige und zukünftige Generationen beitragen. Dieses Anliegen verbindet uns mit vielen anderen entwicklungspolitischen Akteuren in Staat, multilateralen Institutionen und Zivilgesellschaft. Damit richtet sich die kritische Anfrage, was nach fünf Dekaden der Entwicklungszusammenarbeit für die Überwindung menschengemachter Not erreicht worden ist, zu Recht auch an „Brot für die Welt".

Allerdings unterscheidet sich unser Ansatz von dem vieler anderer, insbesondere staatlicher, Institutionen. „Brot für die Welt" hat nicht den Anspruch, Län-

I. Fünfzig Jahre „Brot für die Welt“: Woher wir kommen und wohin wir gehen

der, Regionen oder makroökonomische Strukturen zu „entwickeln“. Im Mittelpunkt kirchlicher Solidarität mit den Armen stehen die Menschen, Männer und Frauen und ihre Gemeinschaften, deren Handlungspotenziale gestärkt und deren Möglichkeiten, für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einzutreten, gefördert werden. Dies enthebt uns nicht der Verpflichtung, ebenfalls Rechenschaft über das Erreichte und Versäumte abzulegen und die Wirkungen unserer Arbeit kritisch zu beleuchten. Seit Jahrzehnten werden daher die geförderten Programme kontinuierlich darauf hin überprüft, inwieweit die Ziele erreicht wurden. Mehr als tausend Evaluationsberichte, die von externen Gutachterinnen und Gutachtern oder im Rahmen von Selbstevaluationen angefertigt wurden, belegen die konkreten Verbesserungen, die die Programme für die Zielgruppen erbracht haben.

Nicht alles, was wir auf den Weg gebracht haben, war von Erfolg gekrönt. „Brot für die Welt“ und seine Partner mussten auch Umwege oder Rückschläge in Kauf nehmen. Aus Fehlern haben alle Beteiligten gelernt. Allerdings haben in den letzten Jahren auch Komplexität und Reichweite der Herausforderungen zugenommen, da die globalen Rahmenbedingungen sich weiter zuungunsten der Armen verschlechtert haben und einer nachhaltigen Überwindung von Armut und Hunger entgegenstehen. Doch wenn sich Probleme zuspitzen, ist das nicht ein Ausweis der Vergeblichkeit unseres Tuns, sondern der Notwendigkeit, umso konsequenter gegen Hunger, Armut, Umweltzerstörung und Gewalt vorzugehen.

Anlässlich seines 50jährigen Bestehens hat „Brot für die Welt“ eine Wirkungsdokumentation durchgeführt, die die komplexen und langfristigen Wirkungen untersuchte, die unsere Arbeit bei den Adressat(inn)en und deren Umfeld erzielt hat. In zahlreichen Fallstudien wurden die Wirkungen von Programmen in den Handlungsfeldern ländliche Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit und entwicklungsbezogene Inlandsarbeit erhoben. Auch diese Ergebnisse zeigen, dass wir durch unsere Arbeit und die unserer Partner unzählige Menschen in allen Kontinenten gestärkt haben und zu einer wesentlichen Verbesserung ihrer Lebenssituation wie auch zur konstruktiven Veränderung ihres Lebensumfeldes beitragen konnten. Diese Wirkungen machen Mut. Sie bekräftigen die Hoffnung, dass ein gesellschaftlicher Wandel hin zu mehr Gerechtigkeit und menschenwürdigen Lebensverhältnissen für die Armen Wirklichkeit werden kann, wenn er von der Initiative und dem Selbsthilfewillen gerade der Marginalisierten und Schlechtestgestellten getragen ist und wenn er von den ökumenisch Bewegten bei uns solidarisch begleitet und unterstützt wird.

II. Welt im Wandel: Was wir beobachten und was uns bewegt

2.0

Die Welt hat in den vergangenen fünf Jahrzehnten im Guten wie im Schlechten dramatische Veränderungen erlebt. Viele Problemlagen, die die Gründergeneration von „Brot für die Welt" zum ersten Aufruf an die evangelische Christenheit für ein Dankopfer für die Armen und Hungernden in der Welt herausgefordert haben, bestehen noch heute fort. Neue Herausforderungen sind hinzugetreten. Auch seit Verabschiedung der Grundsatzerklärung „Den Armen Gerechtigkeit 2000" haben sich die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit weiter verschoben. Nachfolgend beschreiben wir wichtige Trends und Veränderungen, mit denen wir uns in unserer Arbeit konfrontiert sehen.

Die sozialen und ökologischen Verwerfungen, die die Globalisierung der Wirtschaft mit sich bringt, haben neuen politischen Handlungsdruck aufgebaut. Der Zusammenbruch eines ungebändigten Weltfinanzsystems hat das Marktversagen aller Welt vor Augen geführt und dem Ruf nach dem Vorrang der Politik vor dem Markt zu neuer Geltung verholfen. Die Wiedergewinnung politischer Steuerungskompetenz und die bewusste Gestaltung der Globalisierung im Interesse des Gemeinwohls stehen auf der Tagesordnung. Denn wo Geld, Arbeitskräfte und Güter unaufhörlich Grenzen überschreiten, muss auch der Schutz von Mensch, Natur und gemeinsamen Grundwerten grenzüberschreitend werden. Es gilt, in der entgrenzten Welt wieder Grenzen zu erkennen und zu setzen. Denn Zukunftsfähigkeit für alle benötigt Abkehr vom Primat eines rein quantitativen Wachstumsparadigmas, Umkehr vom maßlosen Ressourcenverbrauch, Begrenzung von Reichtum im Interesse der Begrenzung von Armut. Die Bewältigung der vier großen miteinander verschränkten Weltkrisen unserer Zeit, des Klimawandels und der Energiekrise, der Hungerkrise und der Finanzkrise, ist so gesehen auch eine große Chance, die ökonomische Globalisierung durch eine politische und soziale Globalisierung wieder einzuholen. Es ist an der Zeit, als Weltgemeinschaft eine internationale Ordnungspolitik aufzubauen, die die Unzulänglichkeit der nationalstaatlichen Ordnungsinstrumente aufhebt und das globale Wirtschaftsgeschehen sozialen und ökologischen Regeln unterwirft.

Für dieses Umsteuern können wir auch auf die wachsende Kraft der globalen Zivilgesellschaft zählen. Sie ist Ausgangspunkt für die Hoffnung, dass eine soziale Weltgemeinschaft entstehen kann. Die weltweite Gemeinschaft der Kirchen, der „Brot für die Welt" angehört, ist selbst Baustein und Vorreiter einer solchen kommenden Weltgemeinschaft. „Brot für die Welt" versteht sich als Teil einer weltumspannenden Allianz, die für eine andere Globalisierung, für eine Globalisierung der Solidarität, eintritt.

2.1 Die Globalisierung der sozialen Frage

2.1.1

Die Globalisierung hat die Entgrenzung und weltweite Verbreitung zahlreicher Entwicklungsprobleme mit sich gebracht, die vor Jahren noch als typische Phänomene der „Entwicklungsländer" erachtet wurden, nämlich Armut, Hunger und extreme soziale Ungleichheit. Der internationale Nord-Süd-Gegensatz ist heute mit einem Arm-Reich-Gegensatz verschränkt, der sich quer durch alle Länder und Kontinente zieht. Die Einkommens- und Vermögenskonzentration hat sowohl zwischen Staaten wie auch innerhalb vieler Länder zugenommen. Letzteres trifft auch auf die klassischen Wohlfahrtsstaaten zu. Zunehmender Wohlstand geht häufig mit einer Konzentration von Eigentum einher, gerade beim Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land oder Wasser, oder er wird durch die Ausbeutung von Arbeitskraft unter widrigsten Arbeitsbedingungen gewonnen.

II. Welt im Wandel:

Armut ist alltägliche Lebenswirklichkeit für Hunderte Millionen Menschen in aller Welt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung muss mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar am Tag seinen Alltag bestreiten, nahezu die Hälfte der Menschheit mit weniger als zwei US-Dollar. Die konkreten Auswirkungen, die Armut für Männer, Frauen und ihre Familien hat, können mit statistischen Schwellenwerten des Tageseinkommens allerdings nur unzureichend erfasst werden. Es ist die Erfahrung der sozialen Exklusion, die Erfahrung der Ausgrenzung, der fehlenden Chancen der eigenen Lebensgestaltung, die hinzu kommt. Arme sind nicht nur arm an Einkommen. Ihnen ist in der Regel der Zugang zu produktiven Ressourcen ebenso verwehrt wie zu den politischen Entscheidungsprozessen, um dies zu ändern. Armut bedeutet vielfach auch, keinen oder nur prekären Zugang zum Arbeitsmarkt zu haben beziehungsweise von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Hinzu kommen krasse Formen der Ausbeutung von benachteiligten Frauen, Männern und Kindern. Gerade die systematische Diskriminierung auf der Grundlage des Geschlechts, der Kaste, oder anderer sozial zugeschriebener oder entwickelter Identitäten führt häufig zum strukturellen sozialen Ausschluss auch größerer Bevölkerungsgruppen.

Nach wie vor sind es vor allem Frauen und Mädchen, die besonders von Armut betroffen sind. Bei zwei Dritteln der Ärmsten handelt es sich um Frauen. Noch immer haben Frauen geringere gesellschaftliche und wirtschaftliche Chancen als Männer. In keinem Land der Welt ist es bisher gelungen, die Benachteiligung der Frauen zu beenden und die Kluft zwischen den Geschlechtern zu schließen. Auch ist das Ausmaß der Armut derzeit in den meisten Ländern im ländlichen Raum größer als in den Städten. Doch erstmals in der Geschichte leben inzwischen mehr Menschen in den Städten als auf dem Lande. Prognosen besagen, dass in 20 Jahren gut 2/3 der Weltbevölkerung in Städten siedeln werden. Auch die Armut wird daher zunehmend „städtisch" – dies fordert auch uns und unsere Partner heraus, unsere Konzepte zur Überwindung der Armut weiter zu differenzieren und anzupassen.

Der Fortschritt bei der Umsetzung des ersten Millennium-Entwicklungsziels (MDG), bis 2015 die Zahl der Menschen, die hungern und die in absoluter Armut leben, zu halbieren, ist bisher verschwindend gering. Seit der jüngsten Welternährungskrise ist die Zahl der Hungernden und der absolut Armen sogar deutlich angestiegen. Als kirchliches Hilfswerk können wir uns damit nicht abfinden. Dies umso weniger, wenn wir uns die globalen Reichtümer und Möglichkeiten, die der Menschheit derzeit zur Verfügung stehen, vor Augen führen.

Für den geringen Fortschritt bei der Überwindung der Armut sind vor allem fehlender politischer Wille, wie auch die Verteidigung von politischen und wirtschaftlichen Interessen verantwortlich. „Den Armen Gerechtigkeit" bedeutet deshalb unter den Bedingungen der Globalisierung einerseits Beistand für die Benachteiligten vor Ort, andererseits Einsatz für eine faire Gestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse. Weil diese Entwicklungen weltweit stattfinden und Verarmungsprozesse auch in unserer eigenen Gesellschaft beschleunigen, muss eine Strategie gegen die Armut die weltweite Dimension der sozialen Frage in den Blick nehmen.

2.1.2

Die Globalisierung ist auch eine Triebkraft transnationaler Wanderungsbewegungen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Armuts- und Wohlstandsregionen, aber auch politische Verfolgung, Bürgerkriege und Umweltkatastrophen erhöhen den Migrationsdruck. Hunderttausende von Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, sind Opfer von Menschenhandel oder werden als Wanderarbeiter/innen oder als Zwangsprostituierte

ausgebeutet. Auch Entwicklungsarbeit muss sich dafür einsetzen, die Menschenrechtsverletzungen, die Menschen zur Migration zwingen, anzugehen. Gleichzeitig eröffnet die Auswanderung für viele Migrantinnen und Migranten aber auch neue Lebensperspektiven. In Zukunft geht es darum, die Potenziale der Migration für die betroffenen Menschen und die Herkunfts- wie Zielländer zu erkennen und zu stärken. Worauf es ankommt, ist eine Migrationspolitik, die die Menschenrechte schützt und die der Entwicklung in den Herkunftsländern förderlich ist. Wir setzen uns daher nicht nur für Fairness in der internationalen Handelspolitik ein, sondern auch für faire Regeln für die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen.

2.1.3

Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" soll Menschen befähigen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten, und damit zu einem menschenwürdigen Leben beitragen. Allerdings können wir nicht übersehen, dass es auch eine wachsende Zahl von Menschen gibt, deren Lebenssituation direkte Unterstützung notwendig machen kann. Dies zählt zu den wichtigsten Erkenntnissen der sogenannten „Hungerstudien"[1], die „Brot für die Welt" 2004 in elf Ländern in Auftrag gegeben hatte. Diese Gruppen sind nur sehr begrenzt selbsthilfefähig. Dabei handelt es sich vor allem um Haushalte mit fehlender Arbeitskraft, z.B. Haushalte von alten, alleinstehenden oder behinderten Menschen aber auch um Familien von Waisen, in denen die Großeltern die Leitung des Haushaltes übernommen haben, weil z.B. die ökonomisch aktiven Mitglieder der Familie an HIV/Aids gestorben sind. Auch sind die traditionellen Solidaritätsnetzwerke häufig geschwächt und oftmals nicht mehr in der Lage, die prekäre Situation der Bedürftigen abzufedern. Das Einkommen dieser Familien muss in der Regel durch direkte Transferzahlungen stabilisiert werden. Diese Transfers können verschiedene Formen von Dienstleistungen bis hin zu direkten Einkommensübertragungen annehmen.

Ziel muss es aber bleiben, diesen Familien und Betroffenen langfristig so zu helfen, dass die Diskriminierungstatbestände – die echten Armutsgründe – überwunden werden. Es wird deshalb bei der Ausgestaltung einer jeden Transfermaßnahme darauf ankommen, dass gleichzeitig die Arbeit an den strukturellen Ursachen nicht aufhört. Zentrales Anliegen muss dabei sein, die Kapazitäten von besonders betroffenen Gruppen so zu stärken, dass sie mit den anstehenden Krisen aus eigenen Kräften umgehen können und hierfür genug Ressourcen und Kenntnisse haben. Die Analyse und Förderung neuer Formen und Instrumente der Unterstützung, wie die Einführung einer sozialen Grundsicherung, sind für „Brot für die Welt" wichtige Ansätze, die Arbeit noch stärker an den Anliegen besonders armer Bevölkerungsgruppen auszurichten.

2.2 Der Klimawandel und die Krise der Welternährung

2.2.1

Der Klimawandel markiert einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte. Er führt uns vor Augen, dass die Menschheit in einer zuvor nie da gewesenen Weise in die Integrität der Schöpfung eingegriffen hat. Die globale Erwärmung geht mit verheerenden Folgen für Natur und Menschen einher und wird den Gegensatz zwischen Überfluss und Mangel in der Welt erheblich verschärfen. Im Zuge wachsender Konflikte um lebensnotwendige Ressourcen wie sauberes Trinkwasser, unter dem Eindruck zunehmender Flüchtlingsbewegungen und weitreichenden volkswirtschaftlichen Schäden stellt der Klimawandel auch eine Bedrohung für den Weltfrieden dar.

Schon jetzt ist deutlich, dass vor allem die armen Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungs- und Transformationsländern unter den Folgen des Kli-

[1] vgl. Beate Wörner, Gesichter des Hungers. Der HungerReport. Hrsg. von „Brot für die Welt", Frankfurt/Main 2005

mawandels zu leiden haben: Die Armen sind es, die von Dürren und Wassermangel, dem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität, dem Anstieg der Meeresspiegel oder der Erosion der biologischen Vielfalt besonders betroffen sind. Sie bedürfen unserer Unterstützung, um die Lasten der Anpassung zu bewältigen. Ohne eine Anpassungspolitik, die den Bedürfnissen der Ärmsten Vorrang einräumt und die sich an den Menschenrechten orientiert, schwindet mit dem Klimawandel für viele die Hoffnung auf ein Leben in Würde. Die Hauptverursacher des Klimawandels in den wohlhabenden Staaten des Nordens werden viel leichter in der Lage sein, sich an die Klimafolgen anzupassen. Dabei sind sie es, die erhebliche ökologische Schuld tragen.

In einer begrenzen Welt geht die ungleiche Aneignung von Naturressourcen durch die Einen mit dem Entzug von Überlebensmitteln für die Anderen einher. Je mehr wichtige Ressourcen zur Neige gehen, desto mehr rückt das Problem ihrer gerechten Verteilung in den Vordergrund. Mit Blick auf die Klimakrise erscheint es daher geboten, dass die Hauptverursacher des Klimawandels eine besondere Anstrengung unternehmen, indem sie bis zum Jahr 2050 80% ihrer CO_2-Emmissionen einsparen. Nur so besteht eine Chance, dass auch der Süden mitzieht und es gelingt, die globale Erwärmung auf gerade noch hinnehmbare 2 Grad Celsius zu begrenzen. „Klimagerechtigkeit" – verstanden als Verteilungsgerechtigkeit im Blick auf CO_2-Emmissionsrechte – würde dann für das Jahr 2050 bedeuten, dass das individuelle Verschmutzungsrecht auf zwei Tonnen CO_2 pro Jahr begrenzt wäre, gegenüber derzeit durchschnittlich gut elf Tonnen in Deutschland.

2.2.2

Die Vorzeichen einer drohenden Ära der Ressourcenkonflikte zeigen sich bereits heute: In vielen armen Ländern sind die Lebensmittel für die Armen unbezahlbar geworden. Die wachsende Nachfrage insbesondere aus den Schwellenländern nach Veredelungsprodukten wie Fleisch und Milch, die zunehmende Nachfrage nach Agrarkraftstoffen, sowie die gezielte Spekulation mit Nahrungsmitteln haben die Preise weltweit ansteigen lassen. In vielen Ländern drohen akute Nahrungsmittelkrisen, die sich durch die Verknüpfung der Lebensmittel- mit den Energiemärkten, die Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion und die Folgen des Klimawandels noch weiter verschärfen werden.

Die Zahl der Hungernden hat weiter zugenommen und dürfte nach den Prognosen der FAO in den kommenden zehn Jahren weiter wachsen. Dabei könnte die Landwirtschaft heute zwölf Milliarden Menschen ernähren – das heißt mit 2700 Kalorien pro Kopf täglich ausreichend versorgen, wenn die landwirtschaftlichen Erträge vernünftig eingesetzt und fair verteilt wären. Daher hat auch „Brot für die Welt" seine 50. Aktion unter das Motto gestellt „Es ist genug für alle da!". Die auf Druck der Weltbank verfolgte Strategie, die Nahrungsmittelproduktion insbesondere in den afrikanischen Ländern durch eine neue Grüne Revolution zu steigern und die Nahrungsmittelsorgung durch weitere Handelsliberalisierung zu verbessern, ist aus unserer Sicht gerade der falsche Weg für eine nachhaltige Ernährungssicherung.

Der Schlüssel zur Überwindung des Hungers und der Realisierung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen liegt vielmehr in der konsequenten Förderung einer standortgerechten bäuerlichen Landwirtschaft. Trotz einer jahrzehntelangen Marginalisierung durch eine fehlgeleitete Politik erzeugen Kleinbauern noch immer 80% der Nahrungsmittel. Durch den Zugang zu Land und Wasser, zu Kleinkrediten und lokalen Märkten, durch Investitionen in die ländliche Infrastruktur und eine Agrarhandelspolitik, die den Schutzbedürfnissen von Kleinbauern Rechnung trägt, können der Hunger über-

wunden und Schutz und Pflege der natürlichen Voraussetzungen landwirtschaftlicher Produktion gewährleistet werden.

2.3 Demokratie in Gefahr

2.3.1

Die Welt ist heute insgesamt freier und demokratischer als vor fünfzig Jahren. Vor allem der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa hat eine neue Demokratisierungswelle ausgelöst. Inzwischen leben fast vier Milliarden Menschen in einem formal demokratisch verfassten Staat, rund 2,5 Milliarden Menschen jedoch in Autokratien und Diktaturen. Obwohl die Zahl der formalen Demokratien gestiegen ist, wächst die Zahl der Länder, in denen die demokratischen Grundprinzipien ausgehöhlt werden und man bestenfalls noch von einer „defekten Demokratie" sprechen kann.

Die Einschränkung demokratischer Mitwirkungsrechte geht einher mit dem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber staatlichen Einrichtungen, aber auch mit der Schwächung des tatsächlichen Einflusses nationaler Institutionen auf die Politikgestaltung. Auf der internationalen Ebene kann der Aufbau demokratisch legitimierter Regulationsmechanismen nicht Schritt halten mit der grenzüberschreitenden Ausweitung wirtschaftlicher Prozesse. Unter den Bedingungen der Globalisierung kann der Nationalstaat die historische Errungenschaft der demokratischen Selbststeuerung der Gesellschaft in den alten Formen nicht mehr dauerhaft garantieren. Staatlichkeit muss einen Strukturwandel vollziehen, damit zentrale rechtsstaatliche Funktionen wie Regulierung, Förderung und Distribution zur Förderung des Gemeinwohls gewährleistet werden können.

2.3.2

Die Welt steht vor der Herausforderung, wie auch auf der supranationalen Ebene politische Regulationsmacht wiedergewonnen und mit demokratischer Legitimation ausgestattet werden kann. Politik muss auf regionaler, nationaler wie globaler Ebene gegenüber den entfesselten Kräften des Kapitals und der Technologie wieder handlungsfähig werden. Das Leitbild einer kosmopolitischen Demokratie orientiert sich dabei nicht an der Idee eines republikanischen Weltstaates, sondern am Modell der Global Governance – dies im Sinne eines mehrstufigen Institutionen- und Regelsystems, das staatliche, zivilgesellschaftliche, private und multilaterale Akteure gleichermaßen umfasst und diese auf den verschiedenen lokalen, nationalen und internationalen Ebenen in die Zusammenarbeit bei der Bewältigung grenzüberschreitender Probleme einbindet.

Internationale Rahmenbedingungen sind wichtige Faktoren, die staatliches Handeln mitbestimmen und Einfluss auf Armutstrends und soziale Exklusion in einzelnen Ländern nehmen. Internationale Verträge z.B. im Handels- oder Investitionsbereich binden staatliche Entscheidungsmöglichkeiten. „Brot für die Welt" weist immer wieder darauf hin, wie schädliche internationale Rahmenbedingungen Armutsreduzierung behindern. Die Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen muss so erfolgen, dass es Nationalstaaten möglich gemacht wird, ihre Menschenrechtsverpflichtungen umzusetzen. „Brot für die Welt" unterstützt das Anliegen einer demokratisch legitimierte Weltinnenpolitik, die eine faire und umweltverträgliche Gestaltung des Globalisierungsprozesses zum Ziel hat. Wir arbeiten daran mit, Strukturen gesellschaftlicher Selbststeuerung auf allen Ebenen zu stärken, um ökologischen Leitplanken und fairer Teilhabe zur Geltung zu verhelfen.

2.4 Regionale Kriege und neue Konfliktkonstellationen

2.4.1

Nach dem Ende des Kalten Krieges war die Hoffnung groß, dass die Welt auf friedliche Weise enger zusammenwachsen könnte. Europa ist der Verwirklichung dieser Hoffnung mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Aufnahme ehemaliger Ostblock-Staaten in die EU einen guten Schritt näher gekommen. Doch schon mit dem Ausbruch der Kriege im zerfallenden Jugoslawien zeigte sich, dass das Konfliktpotential und die Bereitschaft, Konflikte mit Waffengewalt auszutragen, nicht gebannt sind. Vielmehr rutschte das Konfliktpotential von der Ebene der Weltpolitik, die im Kalten Krieg von zwei Supermächten stabil gehalten werden konnte, auf die regionale und nationale Ebene ab, auf der es nur schwer zu kontrollieren ist.

Die Mehrzahl der in den letzten Jahren ausgefochtenen Kriegen und ernsten Krisen war innerstaatlicher Natur. Viele dieser Konflikte sind von einer „Privatisierung der Gewalt" geprägt. Private Warlords unterhalten Söldnergruppen, die oft mit Geld aus der Gewinnung von Rohstoffen bezahlt werden. Gerade in den rohstoffreichen Ländern wird um die Aneignung der Renten des Rohstoffsektors gefochten. Erst die Einbindung von Konfliktparteien in die internationalen Rohstoffgeschäfte macht es möglich, die Mittel für den Konfliktaustrag zu erwirtschaften. Die meisten internen Konflikte haben daher eine internationale Dimension. Fehlende Staatlichkeit unterstützt gewaltsame Konflikte um die Aneignung von Rohstoffen.

Die von Gewaltkonflikten betroffenen Länder erleiden enormen volkswirtschaftlichen Schaden. Ein großer Teil der verfügbaren Ressourcen für Entwicklung wird in diesen Ländern für Waffen und Militär ausgegeben. Doch verheerender noch als die wirtschaftlichen Kosten sind die Folgen für die persönliche Sicherheit der Zivilbevölkerung: gewaltsame Vertreibungen, Vergewaltigungen, Zerstörung von Häusern und Infrastruktur, die Entführung von Kindern, um Kindersoldaten zu rekrutieren.

2.4.2

Seit der Ausrufung eines „Krieges gegen den Terrorismus" haben sich auch die Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich verschoben. Sicherheitspolitische Erwägungen drängen sich im Bereich der Nord-Süd-Politik in den Vordergrund. Die Entwicklungspolitik wird zunehmend für die Abwehr globaler und regionaler Sicherheitsgefahren instrumentalisiert. Neue Formen der zivil-militärischen Kooperation entstehen, die vor zehn Jahren noch undenkbar schienen. Der Unterschied zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe, Peace Enforcement und „humanitärer Intervention" droht zu verschwimmen. Der Druck nimmt zu, dass sich zivile Herangehensweisen einer Gesamtlogik unterordnen, die durch militärisches Denken geprägt ist. Die Vereinnahmung in militärische Unternehmungen stellt vor allem die Grundlagen humanitärer Hilfe in Frage. Die Nähe zum Militär birgt für zivile internationale Helfer ein hohes Sicherheitsrisiko. Zudem verlieren Hilfsorganisationen in Konfliktgebieten ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich unter den erklärten Schutz einer der Konfliktparteien begeben und mit ihr identifiziert werden.

Ganz besonders zeigt sich in der Annäherung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf EU-Ebene die Tendenz, die Verfolgung geopolitischer Eigeninteressen weiter über das entwicklungspolitische Ziel der Armutsbekämpfung zu stellen. Aber auch in einem weiteren Sinne wird staatliche Entwicklungspolitik zunehmend zum Schutz unserer Sicherheitsinteressen instrumentalisiert: immer größere Anteile der internationalen öffentlichen Hilfe werden für die

Sicherung der globalen öffentlichen Güter (Umweltressourcen, Klima, Finanzmarktstabilität, Frieden etc.) verwendet, von deren Bereitstellung nicht zuletzt wir selbst profitieren. Auch damit werden Leistungen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit der direkten Armutsbekämpfung entzogen.

Die Entwicklungspolitik mag, je mehr sie sich als präventives Instrument der Gefahrenabwehr anpreist, durch die Einbindung in eine sicherheitspolitisch dominierte Gesamtpolitik zwar an Gewicht gewinnen. Die damit verbundene Unterordnung unter die Abwehr von Bedrohungspotenzialen und der Herstellung von Sicherheit „für uns" führt sie allerdings immer weiter weg vom Auftrag einer partnerschaftlichen Entwicklungsförderung, die in erster Linie den Interessen der Menschen, die in Armut leben, verpflichtet sein sollte. Gemeinsam mit unseren Partnern betrachten wir militärische Interventionen nicht als geeignetes Mittel der Konfliktbearbeitung. Wir setzen stattdessen auf die Stärkung lokaler ziviler Friedenspotenziale und auf eine vorsorgende Friedens- und Entwicklungsarbeit, die der Prävention von Gewaltkonflikten dient.

2.5 Das Wachsen einer internationalen Zivilgesellschaft

2.5.1

Die Zivilgesellschaft hat auf nationaler wie auf internationaler Ebene an Sichtbarkeit und Einfluss gewonnen. Dem Zeugnis der weltweiten Kirche kommt im Wachsen der internationlen Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Kirchen sind Teil der Zivilgesellschaft – und zwar sowohl als lokale als auch als globale Akteure. Gleichwohl gehen sie nicht darin auf. Sie nehmen eine intermediäre Funktion zwischen den gesellschaftlichen Institutionen und Akteuren wahr. Ihre Besonderheit gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen oder Institutionen besteht vor allem darin, dass sie über die Zivilgesellschaft hinausweisen, insofern ihr politisches Engagement, ihr Einsatz für Gerechtigkeit und ihre Entwicklungsziele gesellschaftsdiakonische Maßnahmen darstellen, die Teil ihrer umfassenderen christlichen Mission sind als Versammlung derer, die sich um Gottes Wort und Sakrament sammeln. Glaube drängt zur Liebe in der Hoffnung auf Gottes Reich. Von daher ist die Kirche von Gott zum Zeugnis des Glaubens und zum Dienst der Liebe gesandt. Dieser besonderen Identität, die im Jenseits ihrer selbst wurzelt, verdankt sie die Gewissheit und Kraft ihrer Glaubensorientierung. Die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen, deren Teil „Brot für die Welt" ist, ist in die widersprüchlichen Prozesse globaler Vernetzung eingebunden und zugleich ein wichtiger Akteur globaler Veränderung. Sie kann in der Art und Weise ihrer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Nord, Süd, Ost und West eine Gegenkraft zur ökonomischen Globalisierung bilden.

2.5.2

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio hat einem neuen Verständnis globaler Politik zum Durchbruch verholfen. Der Beteiligung der Zivilgesellschaft wurde erstmals auch auf der weltpolitischen Bühne eine Schlüsselstellung eingeräumt. Die Agenda 21 bringt zum Ausdruck, dass die Wende zu einer zukunftsfähigen Entwicklung nicht alleine von der Regierungspolitik erwartet werden kann, dass „nachhaltige Entwicklung" vielmehr in allen Bereichen der Gesellschaft verankert sein muss. Die Teilhabe der breiten Öffentlichkeit, das bürgerschaftliche Engagement, die Sachkompetenz und das Verantwortungsbewusstsein der Bürger/innen und die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft sind für einen solchen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit unverzichtbar. Die deutliche Aufwertung der internationalen Zivilgesellschaft kann als Reaktion

auf die schwindende Steuerungsfähigkeit der herkömmlichen staatlichen Instrumente verstanden werden. Die Gestaltung der menschlichen Lebensverhältnisse kann in einer komplexen Weltgesellschaft nicht mehr allein Aufgabe von Regierungen und multilateralen Institutionen sein. Entwicklungsorganisationen und Netzwerke haben sich bereits als kompetente Akteure auf der weltpolitischen Bühne erwiesen, die nicht mehr nur am Katzentisch sitzen, sondern z.B. in Seattle 1999 Beschlüsse über eine weitere von den Industriestaaten forcierte Liberalisierung des Welthandels verhindern oder, im selben Jahr, dem G7-Gipfel in Köln eine Entschuldungsinitiative für die am stärksten verschuldeten Länder abringen konnten.

2.5.3

Die Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation und der Beteiligung der Armen und Benachteiligten am politischen Leben ist für „Brot für die Welt" von Anfang an ein Kernanliegen. Dabei ist freilich nicht daran gedacht, dass die Zivilgesellschaft Funktionen des Staates übernimmt oder ihn aus seiner Verantwortung entlässt. Vielmehr soll sie in die Lage versetzt werden, vom Staat die Einhaltung von Rechten und Pflichten einzufordern. Dabei stehen auch die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen selbst in der Pflicht, der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Legitimität ihres Tun abzulegen und Transparenz über die Verwendung ihrer Mittel herzustellen.

III. Unsere Grundwerte: Was uns heute leitet

3.0

Die biblische Verheißung, dass alle „das Leben und volle Genüge" haben sollen (Johannes 10,10), ist uns Ansporn, an der Seite der Armen und Ausgegrenzten für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt einzutreten. Unsere Solidarität mit den Armen wurzelt in dem christlichen Gebot, gegenüber allen, die Not leiden, Barmherzigkeit zu üben, im biblischen Auftrag, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, dass den Benachteiligten, Schwachen und Unterdrückten Gerechtigkeit widerfährt, sowie in der Achtung der universellen und unteilbaren Menschenrechte. Unsere Leitmotive sind: Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit.

Mit dem so verstandenen Auftrag arbeitet „Brot für die Welt" daran, die Mission der Kirche, ihr Gesandt-Sein zum Zeugnis des Glaubens und zum Dienst der Liebe, konkret werden zu lassen. Wir tun dies nicht alleine und auch nicht in institutioneller Isolation, sondern wissen uns – als Aktion der Kirche – der geschwisterlichen Zusammenarbeit verbunden und verpflichtet.

3.1 Barmherzigkeit und Gerechtigkeit

3.1.1

Wir leben und handeln aus der Liebe heraus, mit der Gott sich durch die Schöpfung und durch seinen Sohn allen Menschen zugewandt hat: „Lasst uns lieben, denn er hat uns zuerst geliebt" (1. Johannesbrief). Durchgängig bezeugt die Bibel, dass Gottes Liebe sich darin äußert, dass er sich den Schwächsten, den Leidtragenden und Unterdrückten zuwendet und für sie eintritt. Gottes erbarmende Liebe wirkt in die menschliche Gesellschaft hinein, wenn er zu Mose sagt: „Gesehen habe ich das Elend meines Volkes, und sein Geschrei habe ich gehört; ja, ich kenne seine Schmerzen. Und ich bin gekommen, um es aus der Gewalt zu erretten" (2. Mose 3).

Und Gottes Liebe kann Menschen und Gesellschaften verändern. Jesus von Nazareth hat mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter den Blick dafür geöffnet, dass die Sensibilität für das Leid der anderen der Schlüssel zu einem gerechten und versöhnten Leben ist. Die Erfahrung der barmherzigen Zuwendung Gottes hat ihren Grund in dem Glauben daran, dass Gott in Jesus Christus Mensch geworden ist und sich den Bedingungen des menschlichen Lebens unterworfen hat. Der Vater der Schöpfung und der vom Tod erweckte Menschensohn sind als Geist Gottes präsent, begleiten, erlösen und trösten die Glaubenden. In dieser dreieinigen Geistesgegenwart hat die weltliche Mission der Christen ihre Wurzeln. Das Eingedenken fremden Leids setzt eine Mitleidenschaft frei, die alle Begrenzungen, Vorurteile und ideologische Festlegungen überschreitet und Menschen aller Kulturen und Völker als Kinder Gottes identifiziert.

In der Erinnerung an Gottes Erbarmen sind wir zu Barmherzigkeit und Solidarität mit den Armen und Schwachen aufgefordert. Das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe ist Richtschnur christlichen Handelns. Jesu Gebot, auch den Fremden und den Feind zu lieben, weist die Verpflichtung zur mitmenschlichen Solidarität über den Kreis der uns Nahestehenden hinaus auf alle Menschen, mit denen wir diese Erde teilen.

3.1.2

Die mitmenschliche Liebe als Ausdruck der Barmherzigkeit ist Voraussetzung, damit wir wahrnehmen können, dass andere leiden. Im Widerstand der Unterdrückten, im Hilfeschrei der Gefolterten, im Elend der Notleidenden wird immer wieder vernehmbar, dass Gerechtigkeit noch nicht einge-

löst ist. Unser entwicklungspolitisches Handeln erschöpft sich daher nicht in der persönlichen Hilfe und Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auch auf die Überwindung der strukturellen Ursachen für Not, Marginalisierung und den Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe. Der Abbau von Diskriminierungen ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir begreifen das Leid, das anderen angetan wird oder das sie erleiden, als Ausdruck von Unrecht, wenn es sich als vermeidbar erweist und auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen ist.

Gottes Option für die Armen ist Maßstab für das, was wir unter einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung verstehen: „Schaffet Recht dem Armen und dem Waisen und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht, den Geringen und Armen und erlöset ihn aus der Gottlosen Gewalt" (82. Psalm). Die Suche nach Gerechtigkeit legt das Augenmerk auf die beschnittenen Rechte und die abgewiesenen Interessen der Benachteiligten. „Das Evangelium weist mich an, die Gesellschaft von ihrem untersten Ort her, von daher, wo die Benachteiligten aller Art stehen, zu sehen und deshalb zu verändern" (Helmut Gollwitzer). Gerecht kann daher nach unserer Überzeugung nur eine gesellschaftliche Ordnung sein, die vor denen bestehen kann, die in ihr am schlechtesten gestellt sind. Soziale Gerechtigkeit gründet auf der Anerkennung des Anspruchs aller Menschen auf das grundsätzlich gleiche Maß an Freiheit, soziale Sicherheit und Teilhabe.

3.2 Verwirklichung der Menschenrechte

3.2.1

Die rechtliche Anerkennung von Menschenrechten, d. h. von Grundrechten, die jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Status zukommen, ist eine Errungenschaft der Moderne, die in der Vergangenheit zunächst auch gegen kirchliche Widerstände durchgesetzt werden musste. Die universellen Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind, sind als ein gemeinsames Erbe der Aufklärung anzusehen und sind darum nicht spezifisch der christlich-jüdischen Tradition zuzurechnen.

Ihre Substanz und Universalität haben gleichwohl ihre Wurzeln in der alttestamentlichen Überzeugung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, von Mann und Frau, und seiner/ihrer Bestimmung zum Bürger und zur Bürgerin des Reiches Gottes, die seine/ihre Würde begründet. Durch die gemeinsame Gotteskindschaft, gestiftet durch die Versöhnung Gottes mit den Menschen in Jesus Christus, werden alle natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen nachrangig (Gal 3,26-28).

Die Verwirklichung der bürgerlichen und politischen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist letztlich eine Zielbeschreibung für das, was wir mit „Entwicklung" meinen. Um die vielen Formen von Armut zu überwinden, die durch Diskriminierung, Marginalisierung und Rechtsverletzungen von Menschen verursacht werden, ist es notwendig, die Rechte der Betroffenen zu verteidigen bzw. ihnen zu helfen, die Verursacher von Unrecht zur Verantwortung zu ziehen. Ohne Rechtssicherheit im Zugang zu produktiven Ressourcen beispielsweise fällt es Kleinbäuerinnen und -bauern schwer, ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Soziale Entwicklung kann ohne Umsetzung der Menschenrechte nicht gelingen.

Gleichzeitig werden Entwicklungsbemühungen nicht erfolgreich sein, wenn nicht auch Teilhaberechte, Mitbestimmung und Zugang zu Beschwerdeverfahren und Gerichtsbarkeit, „Rule of Law" und entsprechende Formen von Staatlichkeit existieren.

Vertreibungen in Folge von Staudammprojekten, der Ausschluss von Menschen aus Sozialversicherungen, weil sie keine Pässe haben, die Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen, weil sie einer Minderheit angehören: All dies weist darauf hin, dass Entwicklung nicht an den Menschen vorbei geplant werden darf und nicht ohne staatliches Engagement für die Umsetzung der Menschenrechte funktionieren kann.

3.2.2

Auch die Hilfe in akuter Not oder bei Katastrophen muss die Rechte der Betroffenen von Beginn an respektieren und in den Mittelpunkt der Hilfebemühungen stellen. Andernfalls drohen diskriminierte Bevölkerungsgruppen auch bei der Hilfe diskriminiert und damit noch weiter an den Rand gedrängt zu werden.

Wenn Regierungen nicht funktionieren, ist es eine der Aufgaben der lokalen Zivilgesellschaft, einzuspringen und die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu stärken. Jede internationale Unterstützung muss darauf ausgerichtet sein, die Selbsthilfefähigkeit, die Eigenorganisation und das Funktionieren der lokalen Märkte und Strukturen nicht zu unterlaufen und die Menschen nicht langfristig von der Hilfe abhängig zu machen. Es ist gerade die Kombination aus direkter Hilfe und einem rechtebasierten Ansatz, die mithilft zu verstehen, welche Aufgaben zivilgesellschaftliches Engagement umfassen sollte und wo staatliche und hoheitliche Verantwortung einzufordern ist.

Ein Menschenrechtsansatz fordert staatliches Handeln auch dort ein, wo nationale Eliten einen schwachen Staat unterhalten und ihre Interessen durch Korruption und Willkür verfolgen. Der Schutz vor Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern ist wichtiger Teil unserer Arbeit. Menschenrechte haben zudem eine extraterritoriale Dimension: sie verpflichten Staaten auch in ihrem Handeln jenseits nationaler Grenzen. Sie dürfen vor allem keinen Schaden und keine Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern durch eigenes wirtschaftliches, politisches oder militärisches Engagement unterstützen. „Brot für die Welt" setzt sich für eine vollständige Geltung der extraterritorialen Dimension des Menschenrechtsschutzes ein.

3.3 Gerechter Friede

3.3.1

Das biblische Schlüsselwort für das Reich Gottes, das wir erwarten und an dem wir mit Kräften und Einsicht mitzubauen versuchen, heißt Schalom. Es meint mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Schalom ist vollkommener Frieden in Gerechtigkeit, Heil und Heilung auch für die Schöpfung, über der Gottes Wort steht: „Siehe, es ist gut" (1. Mose 1). Christen leben im Vertrauen darauf, dass Gottes Schalom schon im Werden ist.

Wer aus Gottes Frieden lebt, tritt für den Frieden in seinem unmittelbaren Umfeld und in der Welt ein. Friede ist dabei alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Den Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern erweist sich vielmehr als eine immerwährende Aufgabe. Dabei ist für den christlichen Glauben der Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit unauflöslich. Friede ist nicht als ein Zustand, sondern als fortwährender Prozess der abnehmenden Gewalt und der zunehmenden Gerechtigkeit zu begreifen. In Einklang mit der Friedensdenkschrift der EKD (2007) orientiert sich auch die Arbeit von „Brot für die Welt" am Leitbild eines gerechten Friedens, das gleichermaßen auf den Abbau von Not wie auf die Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt sowie die Vermeidung von Gewaltanwendung zielt.

3.3.2

Die Verpflichtung unserer Arbeit auf Frieden und Gewaltfreiheit darf allerdings nicht mit einer Strategie der Vermeidung von Konflikten verwechselt werden. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse, wie sie unsere Entwicklungsziele anstreben, sind zwangsläufig mit Konflikten verbunden. Konstruktiv gewendet können Konflikte zum Motor des Wandels werden. Friedensstiftende Entwicklungsarbeit kann als Beitrag zur Konflikttransformation begriffen werden. Konflikttransformation will Gewaltanwendung ausschließen und es möglich machen, dass Konflikte ausgetragen werden können, ohne Gewalt befürchten zu müssen. Transformation kann Deeskalation von Konflikten bedeuten, um Gewalt vorzubeugen oder zu stoppen, aber es kann auch heißen, gezielt gewaltfreie Konfrontationen einzugehen, um die Ursachen von Konflikten sichtbar zu machen und Lösungen anzubahnen. Um Konflikte konstruktiv wenden und ihre Eskalation in Gewalt abwenden zu können, ist die Arbeit von „Brot für die Welt" konfliktsensibel angelegt. Konfliktsensibilität verstehen wir als die Fähigkeit, die Konflikte, in und an denen wir arbeiten, in ihren lokalen, nationalen und internationalen Kontexten zu verstehen, sowie als die Fähigkeit, die wechselseitige Beeinflussung von Programmen und Konflikten zu begreifen und dieses Verständnis zu nutzen, um negative Wirkungen zu vermeiden und positive Wirkungen zu verstärken.

3.4 Ganzheitliche menschliche Entwicklung

3.4.1

Entwicklung kann nur gelingen, wenn alle wesentlichen Dimensionen menschlicher Existenz einbezogen sind. Dazu zählen Kultur, Spiritualität und Religion. Wenn wir die Mehrdimensionalität der Lebensprozesse ernst nehmen, können sich Bemühungen um individuelle und kollektive Entwicklung nicht nur auf die materiellen Bedürfnisse und das „tägliche Brot" beziehen sondern müssen auch die psychische, soziale, kulturelle und religiöse Dimension in den Blick nehmen. Ganzheitlichkeit betont die Einheit von Leib, Seele und Geist und beschreibt im Sinne des alttestamentlichen Schalom die Harmonie des Menschen mit Gott, mit seinen Mitmenschen, seiner Umwelt und mit sich selbst.

Religionsfreiheit und kulturelle Freiheit sind wesentliche Aspekte menschlicher Entwicklung. Das Recht, sich für die eigene kulturelle Identität und für den eigenen Glauben zu entscheiden, ohne den Respekt der anderen zu verlieren oder von Freiheiten und Rechten ausgeschlossen zu werden, ist eine wichtige Voraussetzung einer humanen Gesellschaft. Kulturelle Ausgrenzung, wie sie insbesondere indigene Völker und Migrantinnen und Migranten erfahren, verstößt ebenso gegen die Menschenrechte wie die zunehmende Verfolgung von religiösen Minderheiten und Intoleranz gegenüber Anhängern anderer Religionen in Zeiten des „Kampfes gegen den Terror". Wir treten für eine Vision von Gesellschaft ein, die Vielfalt unterstützt, unterschiedliche kulturelle und religiöse Identitäten anerkennt und Diskriminierung unterbindet.

Religionsgemeinschaften und in unserem Fall speziell Kirchen und der Glaube können eine zentrale Funktion im Entwicklungsprozess spielen: Gerade unser christlicher Glaube ist Quelle von Energien und Orientierungen, die Menschen zu Handeln befähigen und leiten: Er ist die Basis des Selbst- und Weltverständnisses, eine Quelle des Selbstvertrauens und eine Kraft, die Berge versetzen kann. Er vermittelt die Vision und die Werte für die erhoffte, erstrebte zu transformierende Welt. Getragen von einer kommunitären Vision konstituieren die Kirchen und lokalen Gemeinden Gemeinschaft und stärken den sozialen Zusammenhalt über die Fami-

lienbande hinaus in Zeiten, in denen der Druck des globalen Marktes Familien auseinanderreißt und die Gemeinwohlorientierung sowie die Solidarität mit sozial Benachteiligten schwächt. Sie können wesentliche Akteure der Transformation von Lebensbedingungen und der Ermutigung der Bevölkerung zur Übernahme von Eigenverantwortung in ihren Dörfern und Stadtteilen sein. Sie können ein Hort der Bewahrung von Werten und damit des Widerstandes gegen Werteverlust und kulturelle Dominanz in einer globalisierten Welt werden.

Um diese Funktionen wahrzunehmen, gilt es, die Religionsgemeinschaften und Kirchen als Akteure von Entwicklung ernst zu nehmen, anzuerkennen und in unserem Fall speziell die Kirchen darin zu stärken und zu befähigen, diese Rolle aktiv und kompetent wahrzunehmen. Dies erfordert die Aktivierung ihrer Potentiale, aber auch Wachsamkeit gegenüber ihrer Instrumentalisierung.

3.4.2

Gesellschaftliche Transformationsprozesse können ohne Verknüpfung mit dem inneren Wachsen von Menschen nicht gelingen. Darin kommt auch eine spirituelle Dimension zur Geltung. Lokale Kirchen, die dieses Potential erkennen und nutzen, übernehmen eine Vorreiterrolle in ihren Regionen. Untereinander vernetzt und in Kooperation mit den Entwicklungswerken und Kirchen im Norden können sie Teil einer globalen Kraft des Wandels und des Dienstes werden, im Sinne einer weltweiten Diakonie.

„Brot für die Welt" folgt dem Grundsatz, seine Unterstützung unabhängig vom religiösen Bekenntnis zu gewähren. „Brot für die Welt" und seine Partner suchen das Gespräch mit allen Religionsgemeinschaften und Kirchen. Allerdings kann es bei diesem Dialog nicht darum gehen, ein Verständnis von Säkularität durchzusetzen, das ein bestimmtes westliches Modell als Blaupause vorgibt. Nicht selten geht mit dem ideologischen Säkularismus nämlich ein Entwicklungsverständnis einher, das alleine auf den Aspekt der technologisch-ökonomischen Modernisierung reduziert ist. Dabei wird die Vieldimensionalität des Entwicklungsgedankens außer Acht gelassen.

3.5 Partnerschaft auf Augenhöhe

3.5.1

In der Welt des 21. Jahrhunderts müssen verschiedene Akteure an den gemeinsamen globalen Herausforderungen und Fragestellungen arbeiten. Obwohl die Herausforderungen ähnlich sind, fallen die Antworten oftmals unterschiedlich aus. Entwicklungsprozesse können nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den betroffenen Menschen selbst bestimmt werden und vor Ort verankert sind. Daher kann und will „Brot für die Welt" im Süden nicht selbst aktiv Entwicklungsprogramme durchführen, sondern unterstützt Initiativen von Kirchen und Organisationen, in denen sich Betroffene zusammengeschlossen haben, oder andere lokale Partner, die legitimiert sind, im Namen der Zielgruppen zu handeln. Dieses Partnerschaftskonzept legt Wert auf eine globale Kooperationsgemeinschaft, in der weltweit lokale Partner miteinander verbunden sind, die selbstbestimmt handeln und sich um Lösungen für ihre spezifische Situation bemühen.

Eine wirklich nachhaltige Arbeit ist nur im Rahmen einer gleichberechtigten und von Vertrauen geprägten Zusammenarbeit möglich. „Brot für die Welt" ist sich bewusst, dass dieser Anspruch einer „Partnerschaft auf Augenhöhe" nicht immer einfach umzusetzen ist, da das Problem der ungleichen Verteilung von Ressourcen auch zu ungleichen Machtverhältnissen und unterschiedlichen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen füh-

ren kann. Das Bekenntnis zur Gleichberechtigung impliziert jedoch den Respekt vor der Souveränität der Partner und eine Kooperation, die auf die Förderung des Selbsthilfepotentials der Menschen ausgerichtet ist.

3.5.2

„Brot für die Welt" versteht sich als Teil der weltweiten ökumenischen Bewegung, des weltweiten Leibes Christi. Daraus ergibt sich nicht nur eine besondere Verpflichtung und prioritäre Beziehung zu Kirchen und kirchlichen Partnerstrukturen. Daraus leitet sich auch die besondere Qualität der Partnerschaft ab: Die Partner nehmen verschiedene Funktionen zur Erfüllung des gemeinsamen Auftrages wahr und sind dabei gleichberechtigt und einander rechenschaftspflichtig. Sie stützen sich gegenseitig auch beim Aufbau von institutionellen Fähigkeiten und Kapazitäten. Getragen wird solche Gemeinschaft durch den gemeinsamen Glauben an eine von Gott geliebte Welt und durch die in der gemeinsamen Nachfolge Jesu gegründete gemeinsame Option für die Armen. In diesem Sinne ist unsere ökumenische Partnerschaft Ausdruck gegenseitigen Nehmens und Gebens, geteilter Freude und geteilten Leids in dem einen Leib Christi.

Multilaterale ökumenische Partnerschaften werden weiter an Bedeutung gewinnen. Eine wichtige neue Ausdrucksform dessen ist die Gründung von ACT Development, einer internationalen Allianz von kirchlichen Hilfswerken und Hilfsstrukturen, die „Brot für die Welt" hat gründen helfen. ACT bindet die protestantischen Akteure grenzüberschreitend in langfristige Arbeits- und Lernprozesse ein, in denen eine gleichberechtigte Programm- und Lobby-Zusammenarbeit von Organisationen in Nord, Süd, Ost und West möglich ist.

In partnerschaftlichen Prozessen können die Beteiligten unterschiedliche Rollen haben. „Brot für die Welt" kann den Partnern gegenüber eine unterstützende Funktion wahrnehmen, aber auch als Akteur auftreten. Wo letzteres der Fall ist, z.B. bei der Initiierung von Kampagnen in Deutschland, ist darauf Wert zu legen, dass dies, wenn nicht im Auftrag, so doch im Interesse der Partner und in Abstimmung mit ihnen geschieht. Die verschiedenen Rollen sind nicht immer klar zu trennen. Sie können im Rahmen ökumenischer Arbeits- und Lernprozesse mit Zustimmung aller auch ineinander fließen.

In diesem Rahmen setzen wir unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit auch mit nicht-kirchlichen Partnerorganisationen fort. Partnerschaft erhält ihre Legitimation durch gemeinsame Ziele und Werte, konkret in der Entwicklungszusammenarbeit durch den gemeinsamen Einsatz für die Armen und die Achtung der Menschenwürde. Wir arbeiten daher mit nicht-kirchlichen Organisationen und Organisationen anderer Religionen zusammen, die mit uns Wertvorstellungen teilen.

3.6 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

3.6.1

Gerechtigkeit zwischen Menschen schließt die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein. Mann und Frau gehören beide in den Schöpfungsplan, und für beide Geschlechter gilt die Ebenbildlichkeit Gottes: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib" (1. Mose 1,27). Dieses Verständnis ist für „Brot für die Welt" Ausgangspunkt und Motivation, sich für gleiche Lebenschancen von Frauen und Männern einzusetzen.

In der Entwicklungszusammenarbeit gilt Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Voraussetzung für die Überwindung von Armut. Mit der Erkenntnis, dass

die gegenwärtige Rollenverteilung auch für Männer in vielerlei Hinsicht von Nachteil ist, werden Geschlechterfragen in vielen Gesellschaften offener angesprochen. Aber auch heute noch haben Frauen oft nur sehr begrenzte Möglichkeiten, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und ihr Umfeld zu verändern. Dabei sind gerade sie es, die einerseits einen Großteil der Arbeit leisten, und andererseits unter den Folgen von Armut, Konflikten und Gewalt am meisten leiden. Viele Projektpartner von „Brot für die Welt" sind sich dieser Problematik in besonderem Maße bewusst und fordern gleiche Chancen für Männer und Frauen in ihrem Umfeld ein.

3.6.2

„Brot für die Welt" geht davon aus, dass eine zukunftsfähige Entwicklung nur unter Einbeziehung der Fähigkeiten und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse beider Geschlechter geleistet werden kann. Wir setzen uns deshalb aktiv dafür ein, dass Frauen und Männer die Zukunft von Kirche, Gesellschaft und Staat gleichberechtigt gestalten können. Wir achten in der gesamten Arbeit darauf, dass den unterschiedlichen Ausgangslagen, Bedürfnissen und Anliegen von Frauen und Männern in ihrem jeweiligen Umfeld Rechnung getragen wird und entsprechende gendersensible Maßnahmen ergriffen werden („Gender-Mainstreaming").

Durch geeignete Fördermaßnahmen unterstützt „Brot für die Welt" Frauen dabei, ihre unmittelbare Lebenssituation zu verbessern, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und ihre Rechte politisch einzufordern. Viele unserer Partnerorganisationen haben erkannt, dass eine nachhaltige Änderung der Geschlechterverhältnisse ohne einen Wandel der gesellschaftlichen Männlichkeits-Vorstellungen nicht gelingen kann. Wichtige Anstöße für die Auseinandersetzung mit Maskulinität kommen insbesondere von Partnern aus Lateinamerika. In Maskulinitätsworkshops werden Männer ermutigt, vorherrschende Rollenbilder, die Ungerechtigkeit und Gewalt zwischen den Geschlechtern befördern, zu hinterfragen und zu überwinden.

3.7 Bewahrung der Schöpfung

3.7.1

Der Mensch, ob Mann oder Frau, ist Geschöpf unter Mitgeschöpfen. Eingebunden in die Lebensgemeinschaft mit anderen Geschöpfen kommt dem Menschen eine besondere Verantwortung für die Schöpfung zu: uns ist aufgegeben, die Erde zu bebauen, zu einem bewohnbaren Lebensraum zu gestalten und sie als solchen zu bewahren (1. Mose 2,15).

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kampf gegen die weltweite Armut sind die beiden zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Mit dem Konzept einer „nachhaltigen Entwicklung" haben sich die Staaten der Welt auf ein Entwicklungsleitbild verständigt, das der Welt einen Ausweg aus den globalen Krisen von Umwelt und Entwicklung weisen soll. Nachhaltige Entwicklung zielt nach unserem Verständnis darauf, so zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, dass alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören oder die Rechte zukünftiger Generationen zu beschneiden. In diesem Sinne hatte schon in den siebziger Jahren der Weltrat der Kirchen das Leitbild einer gerechten und überlebensfähigen Weltgesellschaft formuliert.

Nachhaltigkeit ist inzwischen in aller Munde – doch die Welt ist noch immer nicht auf Kurs. Eineinhalb Jahrzehnte nach der Verabschiedung der Agenda 21 ist deutlich geworden, dass den ökologischen und sozialen Problemen der Weltgesellschaft mit den herkömmlichen Fortschrittsrezepten nicht mehr

beizukommen ist. Die vorherrschenden Nachhaltigkeitsstrategien setzen noch immer auf wirtschaftliches Wachstum und technologische Effizienz. Dieser Weg führt in die Irre. Wir wollen daher alternative Entwicklungswege jenseits der Wachstumsfalle aufzeigen, wir wollen dazu ermutigen, einen neuen Kurs in Richtung auf eine Ökonomie des Genug einzuschlagen und neue Wohlstandsmodelle der postindustriellen Zivilisation zu entwickeln.

3.7.2

Zukunftsfähig kann nur eine Entwicklung sein, die zukunftsfähig für alle Menschen ist. Zukunftsfähigkeit nur „für uns" kann es in einer verflochtenen Weltgesellschaft nicht geben. Als Angehörige einer der mächtigsten Wirtschaftsnationen der Welt tragen wir besondere Verantwortung für die Auswirkungen, die unsere Art zu leben und zu wirtschaften für Menschen in anderen Teilen der Welt hat. Wir nehmen mit unserem energie- und materialintensiven Wirtschaftsmodell Ressourcen und Lebenschancen armer Bevölkerungsgruppen im Süden in Anspruch, beeinträchtigen die Verwirklichung ihrer Menschenrechte und verschärfen zugleich die ökologische Krise. Wir müssen anders leben, damit andere überleben. Was Not tut ist eine Wende hin zu global verträglichen Konsum- und Produktionsmustern.

Maßstab ist dabei die Anerkenntnis, dass jedem Menschen das gleiche Gastrecht auf dieser Erde zusteht. Die Schöpfung ist uns in verantwortlicher Treuhandschaft anvertraut. Jeder Mensch hat innerhalb der ökologischen Grenzen das selbe Recht auf die Nutzung der Ressourcen der Erde und der Biosphäre. Jedoch lebt der Norden schon lange über seine Verhältnisse – und sieht sich nun mit den berechtigten Ansprüchen der Schwellen- und Entwicklungsländer auf eine angemessene Teilhabe am globalen Umweltraum und am weltweiten Wohlstand konfrontiert. Doch mehr Gerechtigkeit in der Welt ist auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer nicht zu erreichen.

Wir unterstützen daher Handlungsmodelle, die zeigen, dass es befreiende Alternativen zu einem verschwenderischen und umweltbelastenden Konsumverhalten gibt und dass eine ökologische, soziale und faire Wirtschaftsweise möglich ist. Mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" hat „Brot für die Welt" gemeinsam mit dem EED, dem BUND und dem Wuppertal Institut konkrete Schritte aufgezeigt, die wir in unserer Gesellschaft für einen Kurswechsel in Richtung auf Zukunftsfähigkeit einschlagen müssen. Wir geben damit Anstoß für einen ökologischen und entwicklungspolitischen Bewusstseinswandel in Deutschland und ermutigen zur Entwicklung neuer Leitbilder für eine post-fossile und solidarische Zivilisation.

IV. Wie wir neue Herausforderungen angehen wollen: Wege der Umsetzung

4.1 Vor einer Neuordnung der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit

4.1.1

Im 50sten Jahr seines Bestehens steht „Brot für die Welt" an der Schwelle zu einer neuen Phase seiner Organisationsgeschichte: Das Diakonische Werk der EKD und seine Aktion „Brot für die Welt" werden mit dem EED unter dem gemeinsamen Dach eines Evangelischen Zentrums für Entwicklung und Diakonie zusammengeführt. Mit dieser organisatorischen Neuordnung werden die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit und Wirksamkeit kirchlichen Entwicklungsengagements geschaffen. Die evangelischen Kirchen sind mit der geplanten Verknüpfung ihres entwicklungsbezogenen und diakonischen Handelns im In- und Ausland bestens aufgestellt, um den Herausforderungen zu begegnen, die sich aus der Globalisierung der sozialen Frage und der grenzüberschreitenden Verflechtung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Problemlagen ergeben.

4.1.2

Aus der Zusammenführung der Strukturen der evangelischen Entwicklungsarbeit und der Diakonie ergeben sich die Aufgabe und die Chance, die verschiedenen Handlungsfelder, in denen die Kirche im Rahmen ihres umfassenden Auftrags zu Verkündigung und Dienst ihre gesellschaftliche Mitverantwortung wahrnimmt, enger aufeinander zu beziehen. Die Verknüpfung von Humanitärer Hilfe, Entwicklungsförderung und der sozialen Arbeit im eigenen Land eröffnet neue Potenziale und Synergien. Damit wird der doppelten Einsicht Rechnung getragen, dass zum einen der diakonische Auftrag der Kirche heute in einem globalen und ökumenischen Kontext verortet werden muss, und dass zum anderen die Herausforderungen der Katastrophenhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit immer häufiger in ihren Ursachen wie in ihren Wirkungen auf unsere eigene Gesellschaft zurückverweisen.

Mit der Erarbeitung von Konzepten einer entwicklungsorientierten Katastrophenhilfe, der Auseinandersetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit Fragen der Katastrophenprävention oder der Stärkung der Anpassungsfähigkeit verletzlicher Gruppen an die Folgen des Klimawandels, sind hier längst Brücken zwischen Diakonie Katastrophenhilfe und „Brot für die Welt" geschlagen, die es weiter im Sinne der Kohärenz beider Handlungsfelder auszubauen gilt. Ferner wird der nahtlose Übergang von Nothilfe und Rehabilitation zu Entwicklung und Prävention für alle Krisenregionen gewährleistet sowie die internationale Netzwerkbildung und die Zusammenarbeit beim Schutz von Menschenrechten ausgebaut. Zugleich sind in den Bereichen soziale Grundsicherung, Armutsbekämpfung, Migration oder Verhinderung häuslicher Gewalt gemeinsame Arbeitsfelder zwischen Ökumenischer Diakonie und Inlandsdiakonie entstanden, die in Zukunft weiter entfaltet werden sollen.

Mit der organisatorischen Neuordnung stehen Entwicklungsdienst und Diakonie vor einem entscheidenden innovativen Schritt in der Weiterführung eines Prozesses, den die Entwicklungsdenkschrift der EKD vor 35 Jahren angestoßen hat: „Die ökumenische Diskussion hat gezeigt, dass das Eintreten für soziale Gerechtigkeit im Weltmaßstab in christlicher Verantwortung gründet und zu neuen Formen gesellschaftlicher Diakonie herausfordert" (Abschnitt 16).

4.1.3

Es wird, gerade unter den Vorzeichen der neuen institutionellen Gestalt, besonders darauf ankommen, die Identifikation der verschiedenen Ebenen kirchlichen Lebens mit der kirchlichen Entwicklungsarbeit

zu stärken und „Brot für die Welt“ als das gemeinsame Entwicklungswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen ins Bewusstsein zu rufen. Dabei wird es auch darum gehen, den ursprünglichen Aktionscharakter und das „Mitmachpotenzial“ von „Brot für die Welt“ zu erneuern. „Brot für die Welt“ hat seine Wurzeln in den Gemeinden und erfährt dort eine lebendige Unterstützung, die weit über die Kollekten hinausgeht. Diese Verankerung der Aktion „Brot für die Welt“ an der kirchlichen Basis ist ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal im Spektrum der nichtstaatlichen Entwicklungsakteure. Sie bedarf im Zuge des weiteren Ausbaus der organisatorischen und professionellen Kapazitäten besonderer Aufmerksamkeit.

4.2 Dimensionen unseres Handelns

4.2.1

Die Erklärung „Den Armen Gerechtigkeit 2000“ hat die vier wichtigsten Dimensionen benannt, in denen „Brot für die Welt“ sein Handeln gestaltet:

- Förderung von Projekten und Programmen von Partnern im Süden
- Wahrnehmung der globalen Verantwortung und Advocacy
- Öffentlichkeitsarbeit und ökumenisches Lernen
- Förderung des fachspezifischen Dialogs und der internationalen Netzwerkbildung

In der Arbeit der vergangenen Jahre hat sich diese Differenzierung der Handlungsdimensionen bewährt:

- Wesentliches Merkmal unserer Projektarbeit ist die enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen. Dadurch ist gewährleistet, dass alle Projekte den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort angepasst sind. Gemeinsam mit den Betroffenen werden Wege zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erarbeitet. So werden aus Begünstigten maßgebliche Akteure, die ihren eigenen Entwicklungsprozess gestalten.

- Mit unserer Advocacy-Arbeit nehmen wir Einfluss auf Prozesse und Entscheidungen im Norden, die sich negativ auf die Armen und Benachteiligten in anderen Teilen der Welt auswirken. Im Zuge der fortschreitenden Verflechtung globaler Problemlagen hat diese anwaltschaftliche Interessenvertretung an Bedeutung gewonnen und wurde fortschreitend internationalisiert.

- Mit unserer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit fördern wir das globale Denken und Handeln in Kirche und Öffentlichkeit und motivieren Menschen dazu, in ihrem Alltag einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit zu leisten. Mit einem neuen Kommunikationskonzept und einer Reorganisation der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit wird „Brot für die Welt“ zukünftig differenzierter auf die unterschiedlichen Zielgruppen zugehen, die Identifikation der Kirchengemeinden mit „Brot für die Welt“ steigern und die Spendeneinnahmen erhöhen.

- Fachberatung und konzeptionelle Qualifizierung sind längst keine Einbahnstraßen mehr. Vielmehr entwickeln die Partnerorganisationen gemeinsam mit „Brot für die Welt“ Konzepte und Strategien zur Verbesserung ihrer organisatorischen und fachlichen Kompetenz. Fachspezifische Diskurse, Süd-Süd- und Süd-Nord-Austausch, Capacity Building und die Bildung internationaler Allianzen wurden in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen der Ernährungssicherung, des Rechts auf Nahrung, des Rechts auf Wasser und beim Widerstand gegen die von transnationalen Konzernen begangenen Menschenrechtsverletzungen vorangebracht.

Es hat sich gezeigt, dass wir nachhaltige Wirkungen im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation der Benachteiligten vor allem dann erzielen können, wenn wir in allen hier genannten Handlungsdimensionen tätig sind. Die angestrebte Verzahnung dieser Handlungsdimensionen hat sich gut entwickelt, bedarf aber weiterer Intensivierung.

4.3 Prozesse fördern und Schwerpunkte bilden

4.3.1

„Brot für die Welt" setzt vor allem auf die Förderung von Prozessen, die sich über längere Zeiträume entfalten. Menschliche Entwicklung und sozialer Wandel brauchen Zeit – und die Akteure des Wandels brauchen einen langen Atem. Dabei stehen wir allerdings unter dem Druck einer Medienöffentlichkeit, die möglichst spektakuläre und schnelle Erfolge sehen will.

4.3.2

Die Einsicht in die Komplexität der weltweiten Entwicklungskrise bewahrt uns vor der Hybris, alle Weltprobleme gleichermaßen und auf einmal lösen zu wollen. Wir wissen um die Begrenztheit und Vorläufigkeit menschlichen Handelns. Wir setzen Prioritäten und konzentrieren uns auf jene Themen und Problemlagen, zu deren Lösung wir tatsächlich einen fundierten und wirksamen Beitrag leisten können.

Als Kernthema, das die Schlüsselkompetenz von „Brot für die Welt" bezeichnet, haben wir den Komplex „Ernährungssicherung, Recht auf Nahrung, Ernährungssouveränität" ausgewiesen. Dieses Kernthema soll auf verschiedenen Aktionsebenen im Brennpunkt der Arbeit stehen. Die Aktionsebenen umfassen (1) die laufende Programmqualifizierung zu diesem Thema mit den Partnerorganisationen, (2) die entwicklungspolitische Lobbyarbeit und (3) die fachpolitische Einmischung auf nationaler und internationaler Ebene. Das Kernthema Ernährung versteht sich nicht als ausschließende Einengung der Themen und Arbeitsfelder, die „Brot für die Welt" bewegt, sondern als thematischer Fokus und spezifische Perspektive. So fokussiert zum Beispiel die Programm- und Lobbyarbeit zum Klimawandel auf Fragen der Ernährungssicherheit, und beim Thema Welthandel ist der Blick vor allem auf fördernde und behindernde Faktoren für Ernährungssicherheit gerichtet.

Die Ergebnisse der sogenannten „Hungerstudien" legen nahe, die Methoden, die wir anwenden, sorgfältig zu überprüfen und zu ergänzen. Die Studien zeigen, dass viele der Ärmsten kein oder nur geringes Selbsthilfepotenzial besitzen, dass soziale Sicherungssysteme wegbrechen und die Verwundbarkeit der ärmsten Bevölkerungsgruppen zunimmt. Deshalb werden wir den Übergängen zwischen Katastrophenvorsorge und -hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit verstärkte Aufmerksamkeit widmen und uns um die Entwicklung angepasster Systeme der sozialen Sicherung bemühen.

4.3.3

Das Kernthema Ernährung als Leitmotiv für das gesamte Tun von „Brot für die Welt" wird ergänzt durch drei Programmprioritäten, die die Schwerpunkte der Projekt- und Programmarbeit auf einer zweiten Ebene steuern. Diese Programmprioritäten nehmen „Ernährung sichern" wieder auf und umfassen zudem die Bereiche „Zugang zu Basisdienstleistungen" und „Gewalt überwinden – Demokratie fördern". Diese Programmprioritäten stehen für die entwicklungspolitische Grundeinsicht, dass Leben sichern und entfalten die Deckung der Grundbedürfnisse und den Zugang zu sozialen Grunddiensten wie Bildung oder Gesundheit erfordern. Gleichzeitig ist für die Verwirklichung der Lebens-

chancen der Einzelnen und der Gesellschaften ein gewaltfreies Umfeld und gesellschaftliche Partizipation unverzichtbar. Daneben hat „Brot für die Welt" zwei so genannte Querschnittsthemen eingeführt, die regions- und sektorübergreifend im Partner- und Programmdialog behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Themen Geschlechtergerechtigkeit und HIV/Aids. Beide werden auf der Grundlage von ausgearbeiteten Policies und Handreichungen regelhaft bei Antragsprüfung und Projektbegleitung, bei Evaluierungen und Qualifizierungsmaßnahmen behandelt.

4.4 Qualifizierung und Internationalisierung der Zusammenarbeit

4.4.1

„Brot für die Welt" hat bereits Mitte der neunziger Jahre damit begonnen, die bestehenden Formen von Beratungs und Dialoginstanzen in den Ländern des Südens konzeptionell neu zu ordnen, sowie einige Funktionen, die bislang in Stuttgart ausgeübt wurden, dorthin zu verlagern. Die Funktionsverlagerung, in erster Linie von Projektprüfung, Projektbegleitung, Beratung und Dialog, trägt dazu bei, die Distanz zwischen Hilfswerk und Partnern zu verringern und stärkt die Zusammenarbeit im Sinne unseres Leitbildes des ökumenischen Teilens und der gemeinsamen Verantwortung.

Weiterhin zeigt sich heute, dass effektive Hilfe ohne eine begleitende Lobby-, Advocacy- und Menschenrechtsarbeit nicht mehr denkbar ist. Die gemeinsame Kampagnen- und Netzwerkarbeit, die regionale und grenzüberschreitende Aktivitäten miteinander verknüpft, erfordert einen intensiven Dialog und enge Kooperation mit und zwischen den Partnern. Dies macht eine stärkere Präsenz von „Brot für die Welt" vor Ort erforderlich. Durch die Einrichtung von Verbindungsstellen (VEST), zunächst in den Regionen Anden, Horn von Afrika und Indochina, trägt „Brot für die Welt" diesen wachsenden Anforderungen Rechnung. Des Weiteren wird eine gemeinsam mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst geführte VEST für die Region Südpazifik eingerichtet. Die Verbindungsstellen haben neben der Förderung des entwicklungspolitischen Dialogs und der Einbeziehung der Partnerorganisationen in die Kampagnenarbeit auch die Aufgabe, die Partner bei der Projektplanung, Antragsbearbeitung und Projektabwicklung zu qualifizieren und mögliche zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen. Sie gewährleisten weiterhin den Informationsfluss gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und den Spendern und arbeiten der internationalen Advocacy-Arbeit zu. Die notwendige Abklärung der Vor-Ort-Präsenz der protestantischen Hilfswerke untereinander und mit den lokalen Partnerkirchen in den Förderregionen geschieht in enger Abstimmung mit den ökumenischen Partnern.

4.4.2

„Brot für die Welt" gehört zu den Gründungsmitgliedern der Plattform „Action by Churches Together" (ACT). Diese 2007 gegründete ökumenische Allianz von Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen trägt dazu bei, dass das Gewicht der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit in der internationalen Politik sichtbarer werden kann. Die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsstandards und einer Methodik der Wirkungsbeobachtung gewährleisten eine kontinuierliche Qualifizierung und schrittweise Harmonisierung der Arbeitsansätze.

4.5 Rechenschaft, Transparenz, Controlling und Wirkungsbeobachtung

4.5.1

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, ist „Brot für die Welt" angewiesen auf die Unterstützung und

das Vertrauen der Spender/innen, wie auch weiterer Geber, die mit ihrer finanziellen Zuwendung unsere Arbeit ermöglichen. Die Rolle als Mittlerin zwischen Gebenden und Empfangenden und als Anwältin der Armen und Benachteiligten können wir nur dann glaubwürdig wahrnehmen, wenn wir auf allen Ebenen unseres Handelns und Wirkens Offenheit und Transparenz walten lassen. „Brot für die Welt" ist den Prinzipien guter Haushalterschaft verpflichtet, informiert Öffentlichkeit und Spender/innen über die eigene Arbeit und deren Ergebnisse und legt Rechenschaft über Herkunft und Verwendung der anvertrauten Mittel ab. Wir überprüfen fortlaufend die Wirkung unserer Arbeit und stellen uns der externen kritischen Überprüfung unserer Ziele, Strategien und Ergebnisse.

Wir gewährleisten, dass die Spenden und sonstigen Finanzmittel zielorientiert, wirtschaftlich und zweckgebunden verwendet werden. Dazu gehört, dass wir vorausschauend und systematisch handeln, dass es für alle Mitarbeitenden eindeutige Regeln und festgelegte Bearbeitungsstandards über den Einsatz der Gelder gibt und externe Prüfungsverfahren angewendet werden. Zur Sicherung und Weiterentwicklung der internen Organisation und der Bearbeitungsverfahren ist ein Controllingsystem eingeführt, dessen Einhaltung durch die Controllingabteilung überwacht wird. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „Brot für die Welt" sowie von Partnerorganisationen werden darüber hinaus in Workshops und Mitarbeitergesprächen für die Gefahr von Korruption sensibilisiert sowie auf für alle verbindlichen Antikorruptionsleitlinien verpflichtet.

4.5.2

„Brot für die Welt" entwickelt gemeinsam mit seinen Partnern Methoden, Standards und Verfahren, die es gestatten, die Wirkungen, die von Projekten und Programmen ausgehen, besser zu erfassen. Zugleich ist die Orientierung an Wirkungen wesentlicher Bestandteil der Projektgestaltung. „Brot für die Welt" ist maßgeblich an der Erarbeitung von Instrumenten der Wirkungsbeobachtung bei ACT beteiligt. Die fortlaufende Weiterentwicklung der Methoden der Wirkungsbeobachtung ist dabei von den Zielen geleitet, dass diese die Partner und deren Zielgruppen zur wirkungsorientierten Gestaltung ihrer Vorhaben befähigen und zugleich der Rechenschaftspflicht genüge tun.

4.6 Öffentlichkeit schaffen, Globales Denken und Handeln fördern

4.6.1

Die Erklärung „Den Armen Gerechtigkeit 2000" hat mit dem Anliegen, „die berechtigten Erwartungen der Partner in der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln", die wachsende Bedeutung der anwaltschaftlichen Interessenvertretung betont. Mit der 2001 vollzogenen Gründung der Abteilung „Politik und Kampagnen" wurde das Arbeitsfeld der Advocacy- und Kampagnenarbeit im Sinne der Grundsatzerklärung weiter gestärkt. Wir wollen mit unserer Kampagnen- und Advocacy-Arbeit Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen und einen Prozess des Umdenkens in unserer Gesellschaft anstoßen.

4.6.2

Die Advocacy- und Kampagnenarbeit von „Brot für die Welt" erfolgt in enger Kooperation mit Partnerorganisationen. Wir fördern dabei den Erfahrungsaustausch über mögliche Lösungen zwischen Nord und Süd und bauen Brücken und Allianzen zwischen den Kirchen und sozialen Bewegungen bei uns und im Süden und Osten der Welt. Über die anwaltschaftliche Vertretung von Anliegen der Partner oder die Mobilisierung von Solidarität und Hilfe für die Notleidenden und Unterdrückten in den armen Ländern hinaus zielt unsere entwicklungsbezogene

Kampagnen- und Bildungsarbeit darauf, auch in unserer Gesellschaft die Bereitschaft und die Kompetenz zu stärken, die es ermöglichen, den Globalisierungsprozess in fairer und umweltverträglicher Weise mitzugestalten.

4.7 Veränderungen in Nord und Süd, Ost und West anstoßen

4.7.1

In 50 Jahren der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit in der Einen Welt haben wir vor allem gelernt: Entwicklungsfragen sind nicht allein Probleme der Länder des Südens, sondern auch globale Herausforderungen, die auch uns betreffen und bei uns selbst ein Umsteuern erfordern. An den strukturellen Ursachen, die die Selbstbefreiung der Benachteiligen aus Armut und Ausgrenzung behindern, haben wir als Angehörige eines wohlhabenden Industriestaates oftmals Teil oder ziehen sogar Nutzen aus der Ungleichverteilung von Macht und Wohlstand in der Welt. Doch gerade unter dem aktuellen Eindruck der Klima- und Hungerkrise und angesichts der Verknappung der Ressourcen zeigt sich, dass es keine Alternative zu einer gerechten und zukunftsfähigen Lösung der gemeinsamen Menschheitsprobleme gibt.

Damit die Menschen in den armen Ländern Raum für selbstbestimmte Fortschritte gewinnen, wollen wir als Teil der Diakonie dazu beitragen, auch in unserer eigenen Gesellschaft ökologisch und sozial verträgliche Lebens- und Produktionsweisen auf den Weg zu bringen. Dies schließt die Formen des Wirtschaftens und Arbeitens in unserer eigenen Einrichtung und in unserem beruflichen wie privaten Alltag ein. Wir werden uns verstärkt dafür engagieren, einen ökologischen und entwicklungspolitischen Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft anzustoßen, wir unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement und konkrete Kampagnen, die für einen Kurswechsel z.B. der Handels- und Wirtschaftspolitik eintreten, beteiligen uns an kirchlichen und gesellschaftlichen Bündnissen und mischen uns in politische Entscheidungsprozesse ein. Wir bringen die vernachlässigten Stimmen der zivilgesellschaftlichen Initiativen aus den armen Ländern zu Gehör und geben Anstöße für den Aufbau individueller und kollektiver Gestaltungskompetenz. Wir machen Ernst mit der Wende zur Zukunftsfähigkeit und entwickeln nachhaltige Formen des Wirtschaftens in unseren Einrichtungen und Werken, die zeigen, dass Alternativen möglich sind.

4.7.2

Im Zentrum unseres Handelns steht von Anfang an der Mensch, dem unsere Zuwendung und Fürsorge gilt. Die Bedürfnisse unserer Partner bestimmen die Prioritäten unseres entwicklungspolitischen und solidarischen Tuns. Wir streiten für die Verwirklichung ihrer legitimen Rechte und Ansprüche, damit den Armen Gerechtigkeit widerfährt. Unsere Partner sind für uns nicht Instrumente unserer Pläne und unseres Willens, sondern sie sind gleichberechtigte Gegenüber und Geschwister in der weltweiten Ökumene, mit denen wir gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eintreten.

Auf diesem Weg der Gerechtigkeit werden nicht nur diejenigen aufgerichtet, die arm und bedürftig sind, sondern auch die Wohlhabenden und Mächtigen. Denn wahre Gerechtigkeit erneuert unser aller lebendige Beziehung zu Gott, dessen befreiendes Wirken an der Seite der Armen stets gegenwärtig ist. So ruft uns auch der Prophet Amos zur Umkehr auf:

„Suchet den Herrn, so werdet Ihr leben“
(Amos 5,6) so dass
„das Recht ströme wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“
(Amos 5,24).

Impressum

Herausgegeben vom Diakonischen Werk
der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.,
Stuttgart
für die Aktion „Brot für die Welt"
im November 2008

Redaktion
Dr. Klaus Seitz, Thomas Sandner
Yvonne Ayoub (V.i.S.d.P.)

Gestaltung und Titelgrafik
Friedrich Don

Prepress
Don Design

Druck
frechdruck GmbH, Stuttgart

Gedruckt auf Recycling-Papier
(hergestellt aus 100% Altpapier)

„Es ströme aber das Recht
wie Wasser
und die Gerechtigkeit wie
ein nie versiegender Bach“

(Amos 5,24)

Spendenkonto
500 500 500
Postbank Köln
BLZ 370 100 50

oder online unter:
www.brot-fuer-die-welt.de/spenden

Kontakt
Brot für die Welt
Stafflenbergstraße 76
70184 Stuttgart
Telefon: +49-711-2159-0
Telefax: +49-711-2159-368
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

50 JAHRE Brot für die Welt